

Bonath: Die Photovoltaikpflicht ist ein Bürokratiemonster und behindert den Ausbau der Solarenergie

Kleinteilige Regulatorik steht der Energiewende im Weg.

Die Frage ‚Was bringt die Photovoltaikpflicht für uns alle?‘ diskutierte der energiepolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, **Frank Bonath** im Rahmen eines Webtalks mit **Irina Rau** (Institut für ZukunftsEnergie- und Stoffstromsysteme IZES), **Prof. Dr. Michael Saliba** (Universität Stuttgart) und **Jörg Knapp** (Fachverband Sanitär-Heizung-Klima Baden-Württemberg):

„Ohne Solarenergie kann die Energiewende nicht gelingen. Die Photovoltaikpflicht ist ein Bürokratiemonster und eine rein symbolpolitische Maßnahme einer Landesregierung, die ihrer Vorbildfunktion nicht gerecht wird. Nach elf Jahren grün geführter Landesregierung sind auf 8.000 landeseigenen Gebäuden gerade einmal 170 Photovoltaik-Anlagen installiert. Außerdem lässt das Land die Verbraucher mit den sich durch die Umsetzung der Photovoltaikpflicht verbundenen hochkomplexen Fragestellungen im Stich. Es fehlt an adäquaten Informations- und Beratungsangeboten. Anstatt immer weitere bürokratische Hürden zu schaffen, muss das Land dafür sorgen, dass der Zugang zur Solarenergie attraktiv und einfach wird“, betonte **Frank Bonath**.

Prof. Dr. Michael Saliba ergänzte: „Wir waren in Deutschland jahrelang weltweit führend im Ausbau der Solarzellen. Leider hat dieses Wachstum in den vergangenen Jahren massiv gestockt, nachdem wir um 2010 schnell die 50 Gigawatt Peak in der Installation erreicht hatten. Wenn man dieses Wachstum politisch stärker priorisiert hätte, hätten wir zügig die 100, vielleicht sogar 200 Gigawatt Peak an Installation erreichen können. Diese Leistung fehlt uns nun - gerade mit Blick auf die Energiekrise durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. Wir brauchen weniger Regulatorik und müssen die Forschung in Sachen Photovoltaik schneller praktisch umsetzen können.“

„Wenn man eine Photovoltaikpflicht beschließt, dann sollte diese idealerweise auch in der Umsetzung so weit durchdacht sein, dass sie funktionieren kann. Ansonsten löst das Ganze ein Gefühl eines „Zwangs“



aus, aber die Handlungsmöglichkeiten für die entsprechende Umsetzung sind nicht vorhanden. Dazu gehören die Aspekte der Materialverfügbarkeit oder der Finanzierbarkeit. Bei der Realisierung von Erneuerbare Energien-Projekten sind eine gute technologische Umsetzung und die Gestaltung der Planungs- und Genehmigungsprozesse, z. B. mit Beteiligung der Menschen vor Ort, sehr bedeutsame Faktoren. Dann kann jeder seinen Beitrag leisten und hier auch Selbstwirksamkeit erfahren. Die Energiewende ist ein Gemeinschaftsprojekt.“, führte **Irina Rau** aus.

Jörg Knapp ergänzte: „Wir im Handwerk verbauen die Solartechnologie seit Jahrzehnten erfolgreich. Das politische Auf und Ab der letzten Jahrzehnte aber hat verhindert, den Ausbau der erneuerbaren Energien effektiv voranzubringen. Wir brauchen eine langfristig angelegt und verlässliche Politik, die den Rahmen steckt und möglichst viel Platz lässt, um insbesondere die Individualität im Gebäudebereich bedienen zu können. Was in Sachen Energiepolitik jahrzehntelang versäumt wurde, können wir nicht über Nacht aufholen. Energiepolitik muss sich am Machbaren orientieren und darf die Menschen nicht überfordern.“